Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird **monatlich** festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle, Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfg., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfg., im Reklameteil 30 Goldpfg. einschl. Umsatzsteuer. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezhalle.

Nr. 122. **Donnerstag, den 13. Oktober 1927.** **30. Jahrg.**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* In dem bekannten Berliner Flaggenstreit zwischen der preußischen Regierung und den Hotelbesitzern ist eine Einigung dahin erzielt worden, daß die Hotels sich verpflichten, bei entsprechenden Gelegenheiten auch die Reichsfarben zu hissen.

* Das Heinkel-Flugzeug „D. 1220“ ist von Warnemünde zu einem Flug nach den Azoren aufgestiegen.

* Im Kampf um die deutsche Meisterschaft im Schwergewicht siegte der Herausforderer Franz Diener über den bisherigen Meister, Rudi Wagener, nach Punkten.

* Die polnische Anleihe in Amerika ist nunmehr nach längeren fruchtlosen Versuchen zustande gekommen.

* Zwei amerikanische Fliegerinnen sind in Amerika gestartet und wollen den Atlantik ohne Zwischenlandung überqueren.

Räumen! Räumen!

Trotz der steigenden Unruhe, die das innenpolitische und wirtschaftliche Leben in Deutschland erfüllt, sollte man als Deutscher doch nicht so ganz vergessen, daran zu denken, daß wieder einmal die „Regelung“ der Besatzungsfragen im Rheinland eine nicht minder wichtige Angelegenheit darstellt. Nicht umsonst ist die Reise, die der deutsche Reichskanzler jetzt in das besetzte Gebiet hinein veranstaltet, gerade in einen Zeitpunkt gefallen, der die Durchführung eines Versprechens der Besetzungsmächte bringen sollte. Bei weitem noch übersteigt die Stärke der Besatzungsarmee die Zahl jener deutschen Truppen, die vor dem Kriege dort in Garnison standen; sie auf diese Zahl herabzusetzen, hat man zwar schon vor zwei Jahren versprochen, aber — dieses Versprechen halten ist eben etwas ganz anderes!

Der Reichskanzler ist denn auch bei seinem Aufenthalt in Koblenz und in Mainz recht deutlich geworden; bleibt uns doch wenigstens als letzte, allerdings stumpfe Waffe das Wort. Der Mainzer Oberbürgermeister wies darauf hin, daß seine Stadt fünftausend Mann fremder Besatzung mehr in seinen Mauern beherbergen muß gegenüber einer Friedensgarnison von rund 10 000 Mann. Was aber dabei auch besonders schwer zu tragen ist, sind die geradezu maßlosen Wohnungsansprüche, die von der Besatzungsarmee gestellt werden. Mehr als 2100 Wohnungen mit rund 10 600 Zimmern sind beschlagnahmt. In den anderen größeren Städten Rheinhessens sieht es nicht viel anders aus; mußten doch selbst Orte, in denen nie eine deutsche Garnison gelegen hat, Besatzungstruppen aufnehmen. Wenn die Engländer einmal vernünftig sind und einen Platz räumen, dann kommen die Franzosen und belegen den Ort — wie Bonn und Koblenz — aufs neue. Dr. Marx betonte denn auch sehr richtig, daß eine Herabsetzung der Besatzungsstärke an sich zu begrüßen sei, es aber doch in der Natur der Sache liege, daß dadurch an dem gesamten Tatbestand der Besetzung nichts geändert werde. Jetzt ist davon, infolge der Räumung der ersten Zone, die aber von einer entsprechenden Verminderung der Gesamtstärke nicht begleitet wurde, Hessen ganz besonders belastet. Bei der leider vorhandenen, aber doch tatsächlich überflüssigen Rivalität zwischen den englischen und den französischen Besatzungstruppen ist noch weniger damit zu rechnen, daß die Lasten fühlbar erleichtert werden. Man hofft natürlich auf eine stärkere Unterstützung durch Reichshilfe; aber noch sind nicht einmal jene Wunden ganz geheilt, die auch dem Rheinland durch das französische Vorgehen im Jahre 1923 geschlagen wurden.

Pessimistische Gemüter sind auch der durchaus nicht unrichtigen Ansicht, daß die kürzliche Zusammenkunft zwischen dem englischen und dem französischen Außenminister in Paris wieder mit einem Siege der zielbewußten Verzögerungspolitik wohlbekannter Pariser Kreise geendet hat. Nur einen wohlbekannter Pariser Kreise geredet hat. Nur einen Bruchteil des in Locarno und erst noch jüngst Versprochenen, außerdem verteilt auf einen möglichst langen Zeitraum, will man uns gnädigst erfüllen und lehnt es schroff ab, auch nur die geringsten Einzelheiten dessen bekanntzugeben, was man an angeblicher Besatzungsverminderung nun wirklich ausführen will. Es bleiben die „Rheinlandordonnanzen“, die über das Rheinlandabkommen hinaus mit stärkstem Druck auf der deutschen Bevölkerung lasten; es bleiben die Manöver der fremden Truppen im angeblich doch neutralisierten Rheinland. Mögen wirklich ein paar Tausend verschwinden — es bleibt die Tatsache, daß eine solche Herabsetzung an dem gesamten Tatbestand der Besetzung nicht viel ändern kann.“

*

Der Reichskanzler in Speyer.

Reichskanzler Dr. Marx ist in Fortsetzung seiner Besichtigungsreise durch das besetzte Gebiet von Mainz nach Speyer gereist. Aus Anlaß der Anwesenheit des Reichskanzlers fand im Regierungsgebäude ein Empfang statt. Nach dem Empfang begab sich der Reichskanzler in Begleitung des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held und des bayerischen Ministers des Innern Dr. Stützel an den Rhein, wo er sich von den auf die Dauer unhaltbaren Verhältnissen an der Schiffbrücke und der Notwendigkeit einer festen Rheinbrücke durch persönliche Inaugenscheinnahme überzeugte. Nach der Besichtigung des Domes und des Pfälzischen Museums stattete der Reichskanzler unter anderem dem Bischof von Speyer, Dr. Sebastian, und dem protestantischen Kirchenpräsidenten der Pfalz, Fleischmann, einen Besuch ab.

*

Ludwigshafen gegen die Besetzung.

Der Stadtrat von Ludwigshafen hat einstimmig eine Entschließung angenommen, in der der Enttäuschung darüber Ausdruck gegeben wird, daß noch immer deutsches Land von fremden Truppen besetzt ist. Solange fremde Truppen entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrages weiterhin auf deutschem Boden stehen, kann, so heißt es weiter, von einer wahren Befriedung Europas nicht gesprochen werden. Mit allem Nachdruck wird gefordert, daß der deutsche Rechtsanspruch auf Räumung des besetzten Gebietes schnellstens erfüllt wird, ohne daß hierfür irgendwelche weiteren Zugeständnisse gemacht werden. Außerdem erneuert der Stadtrat die Bitte, daß die bayerische Regierung und die Reichsregierung nichts unversucht lassen, daß Ludwigshafen baldigst von der militärischen Besatzung befreit wird und daß auch die sonstigen französischen Dienststellen aus dem Stadtgebiet zurückgezogen werden.

Eröffnung des Preußischen Landtages.

(308. Sitzung.) tt. Berlin, 11. Oktober.

Nach der über mehrere Monate dauernden Sommerpause nahm heute der Preußische Landtag seine Vollsitzungen wieder auf.

Unter lebhaftem Beifall teilte Präsident Bartels zunächst mit, daß das Präsidium des Landtages dem Reichspräsidenten von Hindenburg zu seinem 80. Geburtstage herzliche Glückwünsche ausgesprochen habe.

Während sich die Abgeordneten von ihren Plätzen erheben, widmet Präsident Bartels dem inzwischen verstorbenen deutschnationalen Abg. Quaet-Faslem Worte herzlichen Gedenkens. Ein kommunistischer Amnestiegesetzentwurf wird auf Verlangen der Kommunisten mit zur Beratung gestellt.

Justizminister Dr. Schmidt erklärte, daß durch seine am 2. Oktober erlassene allgemeine Verfügung zu Einzelbegnadigungen der kommunistische Antrag erledigt sei. In dieser allgemeinen Verfügung werde gesagt, daß in erster Linie Straftaten in Betracht kommen, die auf politischen Motiven beruhen oder aus Not begangen sind. Der Minister erklärte zum Schluß, er habe die Hoffnung, daß die allgemeine preußische Amnestieverordnung in der Auswirkung ebensogut sein werde wie ein Amnestiegesetz.

Der Initiativantrag der Kommunisten wurde dem Reichsausschuß überwiesen.

An den Hauptausschuß geht ein Gesetzentwurf, der 1,5 Millionen Mark Kreditmittel zugunsten der ostpreußischen Mittel- und Kleinbetriebe bereitstellen will. Eine Vorlage, die die Einheitlichkeit der Bestimmungen über die Schulpflicht in Preußen herstellen will, wird zur weiteren Vorberatung dem Unterrichtsausschuß zugeleitet. Der gleichfalls zur ersten Lesung stehende Gesetzentwurf, der die Öffentlichkeit für die richterlichen Disziplinarverfahren einführen will, geht an den Rechtsausschuß, die Vorlage über Erhöhung der staatlichen Stammeinlagen bei der Zentralanstalt zur Förderung des genossenschaftlichen Personalkredits an den Hauptausschuß.

Angenommen werden Anträge des Verkehrsausschusses, die eine Nachweisung der Arbeiterentlassungen und Werkstättenschließungen im preußischen Bereich der Reichsbahngesellschaft sowie Abstellung dieser Maßnahmen der Reichsbahn verlangen. Ferner wurde Anträgen zugestimmt, die sich für Durchführung kleinerer Eisenbahnbauten in West- und Norddeutschland einsetzen.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch.

(309. Sitzung.) tt. Berlin, 12. Oktober.

Präsident Bartels teilt mit, daß der Abg. Arlt-Kreuzburg (D. Vp.) sein Mandat niedergelegt habe. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist der Abg. Blank (Ztr.) in einer Erklärung die in der Zeitung Montag Morgen gegen ihn erhobenen Beschuldigungen als beleidigend und herabsetzend zurück. Wegen der beleidigenden unwahren Behauptung, daß er sich selber eine Konzession zum Mißbrauch seiner parlamentarischen Stellung gegeben habe, habe er Strafantrag gestellt. Es handelt sich um die Beschuldigung, Buchmacherkonzessionen vermittelt zu haben. Ein Antrag des Abg. Kerff (Komm.), sofort Anträge zu beraten, die sich mit dem Konkordat und dem Reichsschulgesetz beschäftigen, scheitert am Widerspruch von Zentrumsabgeordneten. In Erledigung der Tagesordnung werden dann sozialdemokratische und deutschnationale Anträge über den Ausbau des Stralsunder Hafens dem Hauptausschuß überwiesen. Es folgt die Besprechung der von allen Parteien gestellten Anträge über die

Unwetterschäden.

Abg. Dr. Hösch-Neukirchen (Dtn.) begründet die Anträge seiner Partei, in denen u. a. die Bereitstellung von Staatsmitteln für die Rückzahlung der am 7. November 1927 fällig werdenden 293 Millionen an die Landwirtschaft gegebener Rentenbankkredite verlangt wird. Der Redner begründet noch eine Große Anfrage, die ganz allgemein fragt, was das Staatsministerium für die in äußerster Bedrängnis befindlichen preußischen Landwirte tun wolle und ob es bereit sei, Steuer- und Zinsstundungen eintreten zu lassen.

Die deutschnationalen Abgg. Kickhöffel, Justi und Schwecht begründen Spezialanträge auf Hilfsmaßnahmen für Pommern, Hessen-Nassau und die Höhengebiete des Rheinlandes.

Abg. Roeingh (Ztr.) spricht für einen Urantrag seiner Fraktion auf Hilfsmaßnahmen für die im Spreewald geschädigten Landwirte und auf Einbeziehung des Flußgebiets der Malxe in das große Regulierungswerk des Spreewalds.

Ein Regierungsvertreter führt aus, es sei unmöglich, die Ernteschäden auch nur annähernd zu erstatten. Das Maß solcher Hilfsaktionen sei auch einem Staate und den großen Provinzverbänden vorgezeichnet. Vor allem aber sollen die verfügbaren öffentlichen Mittel schnell gegeben werden. Der preußische Finanzminister habe ebenso wie der Reichsfinanzminister für alle betroffenen Gebiete weitgehende Steuererleichterungen verfügt. Für die Zurückzahlung der landwirtschaftlichen Kredite soll größte Schonung geübt werden.

Ein anderer Regierungsvertreter beantwortet die Anfrage Dr. v. Campes (D. Vp.) betreffend das Hochwasser in den Flußniederungen dahin, daß die Verbesserung der betreffenden Flußläufe veranlaßt ist.

In der allgemeinen Besprechung der Anträge und Anfragen erklärt Abg. Jürgensen (Soz.), seine Fraktion werde sich für die Notstandsaktion zugunsten der Geschädigten einsetzen. Der Redner wendet sich gegen die Schutzzollpolitik.

Abg. Milberg (Dtn.) schildert die Verhältnisse in Schleswig-Holstein und in den Marschen, wo die Unwetter- und Hochwasserschäden ganz besonders groß seien. Es müsse vor allem dafür gesorgt werden, daß Meliorationen und Drainage in weitgehendem Maße gefördert werden.

Abg. Roeingh (Ztr.) wendet sich gegen die Schaffung allgemeiner Notstandsgebiete und tritt dafür ein, daß die Schäden individuell festgestellt und behandelt werden.

Abg. Schiftan (D. Vp.) tritt für den so stark geschädigten bäuerlichen Kleinbesitz und für größte Milde bei der Kreditrückzahlung ein.

Abg. Hoffmann (Komm.) greift die Deutschnationalen an, die in ihrer früheren Machtstellung nichts zur Verminderung der Hochwassergefahren getan hätten.

Abg. Meinecke (Dem.) vermißt die Durchführung mancher berechtigter Hilfsvorschläge. Jedenfalls sei die Entschädigung nicht dazu da, Güter, die nicht wirtschaftlich genug betrieben werden, über Wasser zu halten.

In der weiteren Debatte sprechen noch die Abgg. Peters-Hochdonn (Soz.), Dermietzel (Dtn.), Jacobi-Raffauf (Ztr.).

Das Inkrafttreten der neuen Kirchengesetze

Zusammentritt des Kirchensenats.

Der in Berlin versammelte Kirchensenat der evangelischen Kirche der altpreußischen Union faßte Beschluß über die Inkraftsetzung der von der Generalsynode im Mai dieses Jahres beschlossenen Kirchengesetze. Nachdem die Verhandlungen mit der preußischen Staatsregierung und mit den zuständigen Behörden in den außerpreußischen Teilen des Kirchengebietes im wesentlichen abgeschlossen sind, können die Gesetze alsbald verkündet werden. Als Termin für das Inkrafttreten (Gesetz über die Pfarrerbildung, Vikarinnengesetz, Kirchengemeindebeamtengesetz) wurde der 1. April 1928 in Aussicht genommen.

Zu dem Stand der Verhandlungen über das Reichsschulgesetz nahm die oberste Kirchenleitung in eingehenden Beratungen Stellung, ebenso zu den neuesten Verordnungen und Gesetzentwürfen des Reichsfinanzministeriums und den daraus dem kirchlichen Steuerwesen erwachsenden Gefahren. Mit Befriedigung nahm der Kirchensenat Kenntnis von der Verständigung zwischen Kirche und Staatsregierung über die Anpassung der wirtschaftlichen Versorgung des Pfarrerstandes auch an die für Staatsbeamte, Lehrer usw. angeordnete Gewährung von Gehaltsvorschüssen.

Die Besoldungsreform im Reiche.

Keine Entschädigungen an die Länder.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler hat kürzlich die Vorlage zur Reichsbesoldungsreform dem Reichsrat zugehen lassen, der sich augenblicklich mit der Angelegenheit beschäftigt.

Dr. Köhler betont zunächst in der beigegebenen Begründung die Tatsache, daß alle Ergänzungen der Beamtengehälter, gemessen an den Lebenshaltungskosten in den letzten Jahren,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719271013-10/fragment/page=0001
DFG

unzureichend waren. Seit Dezember 1924 sind die Beamtenbezüge, heißt es, nicht mehr erhöht worden, während die Kosten der Lebenshaltung weiter gestiegen sind. Die heutigen Gehälter sind so knapp, daß der Beamte allen besonderen Ausgaben hilflos gegenübersteht. Nach einer Erwägung über die Aufbringung der Kosten lehnt der Reichsfinanzminister die Änderung des Finanzausgleichs ab, denn bei seinem Abschluß sei bereits mit der Erhöhung der Beamtenbezüge gerechnet worden, und er gehe schon bis zu der Grenze, „die vom Standpunkt des Reiches aus gesehen, vertretbar erscheint und nicht überschritten werden kann". Ebensowenig komme aber eine Gewährung der Reichsdotation an die Länder in Frage. Die neue Besoldungsreform müsse aber auch eine Änderung des Besoldungsrechtes aus organisatorischen Gründen mit sich bringen, denn als man 1920 dreizehn Besoldungsgruppen aufstellte, habe man nicht das Schema den vorhandenen Beamten, sondern die vorhandenen Beamten dem neuen Schema angepaßt. Dieses System habe große Mängel gezeigt, da in derselben Gruppe ganz verschieden geartete Beamte zusammentrafen. Eine Nachprüfung des Ortsklassenverzeichnisses solle bald erfolgen.

Berliner Hotelflaggenstreit beigelegt.

Der Einigungsbeschluß.

Eine Aussprache, die zwischen dem Verein Berliner Hotels und verwandter Betriebe, dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann und dem Staatssekretär des preußischen Staatsministeriums Dr. Weismann stattgefunden hat, führte zu folgendem Ergebnis:

Es wurde klargestellt, daß der Verein Berliner Hotels niemals einer Mißachtung der schwarz-rot-goldenen Reichsflagge Ausdruck gegeben und keine verfassungsfeindliche Kundgebung veranstaltet hat. Der Verein wird den Wünschen der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung entsprechend sich dafür einsetzen, daß künftig in allen Fällen, in denen aus nationalen Anlässen geflaggt wird, die Reichsflaggen gezeigt werden; ebenso werden die Reichsflaggen dann gehißt werden, falls sich die Notwendigkeit ergeben sollte, eine fremde Staatsfahne aufzuziehen. Die preußische Staatsregierung wird das Ersuchen des Ministerpräsidenten vom 25. August und die daraufhin von den Staatsministern herausgegebenen Verfügungen zurücknehmen.

Der preußische Ministerpräsident Braun hatte bekanntlich den ihm nachgeordneten Beamten untersagt, solche Hotels oder Gasthäuser zu besuchen, welche bei entsprechender Gelegenheit nicht die Reichsflagge zeigen.

Der Magistrat der Stadt Berlin, der sich dem Vorgehen der preußischen Regierung seinerzeit anschloß, hat sich bereits mit der Angelegenheit beschäftigt und wird sich vermutlich der Einigung anschließen, erblickt jedoch in der jetzigen Regelung noch keinen endgültigen Abschluß.

Probleme des Unfallschutzes.

Die Tagung des Internationalen Arbeitsamts.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes ist in die Beratung über den Rechenschaftsbericht des Direktors Thomas eingetreten. Es wurde beifällig zur Kenntnis genommen, daß die Zahl der Ratifikationen sich neuerdings erhöht habe. Sie beträgt nunmehr 244. Neben der vom Reichsarbeitsminister Dr. Brauns mitgeteilten Ratifizierung des Übereinkommens über den Mutterschutz durch Deutschland sind neuerdings wieder fünf belgische und zwei norwegische Ratifizierungen zu verzeichnen. Die weitere Diskussion befaßte sich insbesondere mit den Problemen des Unfallschutzes. Hervorzuheben ist die Ergänzung des Ausschusses für Unfallverhütung beim Internationalen Arbeitsamt durch ein deutsches Mitglied, Ministerialrat Dr. Bauer vom Reichsarbeitsministerium, dem zuständigen Referenten für Gewerbehygiene. Weiter kamen Fragen zur Sprache, die die einheitliche Regelung des Arbeiterschutzes in Häfen betreffen.

Tagung des Internationalen Arbeitsamts.

Dr. Brauns über Deutschlands soziale Gesetzgebung.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts ist zu seiner 37. Tagung in Berlin im Reichsarbeitsministerium zusammengetreten. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns begrüßte im Namen der Reichsregierung die Tagung und versicherte die Internationale Arbeitsorganisation des regsten Anteils des deutschen Volkes an ihrer wertvollen Arbeit.

In der Rede wies der Reichsarbeitsminister darauf hin, daß Deutschland schon seit vielen Jahrzehnten an dem Ausbau seiner sozialpolitischen Gesetzgebung arbeite.

Dr. Brauns gab weiter bekannt, daß Deutschland das Internationale Washingtoner Abkommen über die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft ratifiziert habe. Die Urkunde wird demnächst an den Generalsekretär des Völkerbundes gesandt werden. Dieses Übereinkommen über den Mutterschutz stellt, so sagte der Minister weiter, hohe Anforderungen an die sozialpolitische Gesetzgebung der Mitgliedstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation. Deutschland ist das erste große Industrieland, das dieses Übereinkommen ratifiziert, nachdem es seine Gesetzgebung in völligen Einklang mit ihm gebracht hat.

Weiter wies der Minister darauf hin, daß die Reichsregierung vor kurzem dem Reichsrat eine Vorlage zur Ratifizierung der von der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Übereinkommensentwürfe über die Krankenversicherung der gewerblichen und der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer zur Beschlußfassung vorgelegt hat.

Hochbetrieb über dem Atlantik.

Zwei deutsche Ozeanflüge.

Am Mittwoch ist nun auch das Heinkel-Wasserflugzeug „D. 1220" zu seinem Langstreckenflug nach den Azoren gestartet. Nachdem es vor wenigen Tagen einen neuen Dauerweltrekord für Schwimmflugzeuge aufgestellt hat, war zu erwarten, daß die Heinkelmaschine sich bald auf die große Luftreise über den Atlantik begeben würde. Der Führer der Maschine ist Diplomingenieur Nerz, der bereits seit 1913 im Flugwesen erfolgreich tätig ist. Für den Ozeanflug kommt ihm zustatten, daß er als alter Marinemann die Azoren und die amerikanische Küste ausgiebig kennt. Während der letzten Zeit hat Nerz ein Flugzeug der Deutschen Lufthansa auf der Strecke nach Stockholm regelmäßig gesteuert. An Bord befinden sich ferner ein Funker und Hilfssteuermann Wilhelm Bock, ebenfalls ein früherer Marineoffizier, und als Dritter der Monteur Rohde.

Die „D. 1230" wird ihren Flug von Lissabon aus nach den Azoren jetzt ebenfalls fortsetzen. Die Bewohner der kleinen Atlantikinseln sind ebenso wie die ganze Welt gespannt, welches der beiden deutschen Flugzeuge dort zuerst eintreffen wird.

Französische Südamerikaflüge.

Der Südamerikaetappenflug der Franzosen scheint guten Erfolg zu haben. Die Piloten Costé und le Brix sind mit dem Flugzeug „Nungesser-Coli" in St. Louis im Staate Senegal gelandet, herzlich begrüßt worden und bereits nach Brasilien weitergeflogen. Zwei weitere französische Flieger, Lequin und Mermoz, die sonst den regelmäßigen Dienst von Toulouse nach Afrika versehen, starteten gleichfalls und trafen ohne Zwischenlandung glatt in St. Louis (Afrika) ein.

Atlantikflüge von Amerikanerinnen.

Eine Sensation bieten zwei waghalsige Unternehmungen amerikanischer Damen, die ohne Zwischenlandung von Amerika aus über den Ozean nach Europa kommen wollen. Es ist dies erstens Miß Ruth Elder, die von Roosevelt-Field bei Newyork mit einem einmotorigen Land-Aeroplan „American Girl" (amerikanisches Mädchen) nach Paris fliegen will. Der erfahrene Pilot Haldemann begleitet sie.

Miß Elder ist eigentlich Zahnarztgehilfin und hat erst vor kurzer Zeit das Flugexamen gemacht. Für ungünstige Wetterverhältnisse ist ihr Flugzeug nach fachmännischer Ansicht nicht geeignet und sie muß eine gute Portion Glück haben, um ihr waghalsiges Unternehmen erfolgreich durchführen zu können. Echt jungmädchenhaft stieg sie, nur mit einem leichten Sportkostüm bekleidet, in das Flugzeug und sagte lächelnd, daß ihr die Gattin des französischen Botschafters in Paris schon eine Seidenrobe entgegenreichen würde, damit sie als ganze Dame in der Stadt der Eleganz auftreten könne. Eine Glückspuppe, einen Glücksring und eine Bibel hält die junge Amerikanerin für ebenso wichtiges Rüstzeug wie Gummianzüge, Leuchtpistolen und Raketen.

Etwas ernsthafter mutet der Flug der Nichte des verstorbenen Präsidenten Wilson, Miß Grayson, an, die einen Langstreckenrekord von Amerika nach Kopenhagen anstrebt. Sie startete in Old Orchard im Staate Maine mit dem Flugzeug „The Dawn" (Dämmerung) und hat an Bord noch einen Militärpiloten und einen Mechaniker.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Erhält Deutschland Kolonien?

Der Vertreter Japans beim Völkerbund in Genf und Botschafter in Paris, Ishii, wurde bei seiner Rückkehr nach Tokio über die politischen Vorgänge in Europa befragt. Über Deutschland erklärte er, im Völkerbund werde der Widerstand gegen eine Rückgabe einzelner Kolonien an Deutschland bald ganz verschwunden sein. Dem Völkerbund lägen Berichte aus Mandatsgebieten vor, worin offen gesagt werde, daß die Deutschen bessere Verwalter waren als die heutigen Mandatsinhaber. Geplant sei die Rückgabe afrikanischer, nicht asiatischer Gebiete an Deutschland.

Begnadigung des Leutnants Krull.

Das Ermittlungsverfahren gegen den Leutnant a. D. Ernst Krull ist jetzt nach neun Jahren eingestellt worden. Krull wurde seinerzeit beschuldigt, der Hauptbeteiligte bei der Ermordung Rosa Luxemburgs gewesen zu sein. Man hatte bei ihm eine Uhr der Ermordeten gefunden. Krull blieb acht Monate in Untersuchungshaft, wurde dann entlassen, aber das Verfahren wurde 1922 wieder aufgenommen, bis es jetzt endgültig eingestellt worden ist. Für andere nicht damit zusammenhängende Delikte war er bestraft worden. Diese Strafen wurden ihm jetzt bei der Amnestie, soweit sie nicht abgebüßt sind, erlassen.

Unzulässige Saarkohlenausbeutung durch Frankreich.

In der letzten Sitzung des Saarländischen Landesrates sprach der Abgeordnete Kiefer über die Ausbeutung der wertvollen Kohlenflöze im Warndtrevier von Lothringen, die gegen den Versailler Vertrag verstößt. Dieser Kohlengewinn betrage im Jahre rund eine Million Tonnen. Ferner wurde in der Tagung darauf hingewiesen, daß Frankreich auf die Volksabstimmung einen Druck ausüben könnte. Die Saarregierung wurde aufgefordert, gegenüber den Gerüchten weiterer Verpachtung von Saarkohlenvorkommen baldmöglichst eine genaue Auskunft abzugeben und bekanntzugeben, was sie zum Schutze der saarländischen Lebensinteressen zu tun gedenke. Angesichts der trostlosen Verhältnisse der Saararbeiter wurde zum Schluß das Eingreifen der Regierung gefordert.

Polen.

× **Amerikanleihe abgeschlossen.** In Warschau hat nun doch der unter dem Vorsitz Pilsudskis tagende Ministerrat das letzte amerikanische Anleihegebot angenommen. Damit ist der Abschluß der Anleihe entschieden. Die Höhe der Anleihesumme beträgt 62 Millionen Dollar und zwei Millionen Pfund Sterling, zusammen etwa 72 Millionen Dollar. Der Ausgabekurs beträgt 92 Prozent, der Rückkaufkurs 103 Prozent. Die Anleihe soll mit dem Datum des 15. Oktober auf zwanzig Jahre ausgegeben und zu 7 Prozent verzinst werden. Der Ministerrat hat weiter über den Gesetzentwurf zur Stabilisierung der polnischen Währung beraten. Der Zloty soll auf seinen jetzigen Stand festgelegt werden.

Frankreich.

× **Französische Sorge für auswärtige Rüstungen.** Bukarester Blätter veröffentlichen aufsehenerregende Mitteilungen des Generals Cantacucena, nach denen Frankreich beabsichtige, die rumänische Armee mit Hilfe eines zinsfreien Darlehns neu zu bewaffnen. Die rumänische Regierung aber verzögere wohl aus politischen Gründen die Annahme dieses Angebots. Nach dem französischen Angebot soll die rumänische Armee vor allem ihre veralteten Maschinengewehre durch französische ersetzt bekommen. Der rumänische Generalstab will zunächst prüfen, ob die französischen Maschinengewehre wirklich besser sind als die bisherigen.

Aus In- und Ausland.

Regensburg. Bischof Antonius von Regensburg ist im Alter von 76 Jahren an einem Herzschlag gestorben.

Luxemburg. Zwischen Deutschland und Luxemburg ist ein neues Grenzabkommen geschlossen worden, das ab 1. November den Personengrenzverkehr bedeutend erleichtert.

London. Wie der englischen Presse aus Sydney berichtet wird, ist auf den Salomon-Inseln, die britischer Herrschaft unterworfen sind, (etwa 600 Meilen östlich von Neu-Guinea) ein allgemeiner Aufstand der Eingeborenenbevölkerung ausgebrochen.

Belgrad. Der südslawisch-bulgarische Streit kann als beigelegt gelten. Es droht jetzt aber eine innenpolitische Krise, da die Demokraten eine breitere Koalitionsregierung fordern.

Der Existenzkampf des Einzelhandels.

Tagung der Hauptgemeinschaft in Berlin.

In der Mitgliederversammlung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels in Berlin hielt der preußische Handelsminister Dr. Schreiber eine Ansprache, und führte nach einem Rückblick auf die letzte Tagung des Einzelhandels in Düsseldorf u. a. aus, unsere gesundende, aber keineswegs gesundete Volkswirtschaft bedarf dringend noch einer stetigen Periode weiterer Kräftigung. Die selbstverständliche Voraussetzung dabei ist, daß die ohnehin schweren Lasten, die der deutschen Wirtschaft auferlegt sind, aus Anlaß der Besoldungsregelung nicht etwa eine Erhöhung erfahren.

Die gegenwärtige Lage des Einzelhandels erschweren innere Strukturwandlungen, die sich im deutschen Wirtschaftsleben vollzogen haben. Die Warenhandelsbetriebe haben im jetzigen deutschen Reichsgebiet

um nicht weniger als 267 000 zugenommen.

Zu der Lockerung der Zwangswirtschaft für gewerblich benutzte Räume äußerte Dr. Schreiber seine Meinung dahin, das allgemeine Mietrecht müsse schleunigst dahin geändert werden, daß dem Mieter nur dann gekündigt werden dürfe, wenn ein wichtiger Grund für die Kündigung vorliege. Staatliche Maßnahmen allein könnten einem Wirtschaftszweig nicht vorankelfen. Vor allem müsse aus seinen eigenen Reihen der Antrieb kommen, den Kampf mit den veränderten Verhältnissen siegreich durchzuführen.

Die Lage des Lebensmitteleinzelhandels behandelte Herr M. Weiler-Essen. Die gesunkene Kaufkraft habe eine mengenmäßige Einschränkung der in der Vorkriegszeit von den großen Verbrauchermassen bevorzugten billigen Verbrauchsware um ungefähr 30 Prozent verursacht. Vielfach würde behauptet, daß im Lebensmittelhandel eine ungesunde Preisbildung vorliege, weil der Weg der Nahrungsmittel vom Erzeuger bis zum Verbraucher zuviel überflüssige Zwischenstellen habe. In Wirklichkeit sei der heutige Verteilungsweg derselbe wie früher.

Zuschläge für Pensionäre.

Renten-, Warte-, Witwengeldempfänger und Kriegshinterbliebene.

Bei den Besoldungserhöhungen für Reichsbeamte war die Frage der Bezüge für die Pensionierten nicht erledigt worden, die Regierung hatte sich seinerzeit einen besonderen Gesetzentwurf vorbehalten. Diese Vorlage ist nunmehr dem Reichsrat zugegangen. Es werden darin Vorschläge gemacht zur Erhöhung der Bezüge für Pensionäre, Wartegeldempfänger und Beamtenhinterbliebene. Die Ansprüche der im einstweiligen oder im dauernden Ruhestand befindlichen Beamten und der ehemaligen Soldaten, die Ruhegehalt oder Übergangsgebührnisse beziehen, sowie die Renten der Hinterbliebenen sollen mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 ab in der Weise erhöht werden, daß zu dem für die Berechnung des ruhegehaltsfähigen Diensteinkommens bisher maßgebend gewesenen Grundgehalt folgende Zuschläge hinzutreten:

Bei einem Grundgehalt bis einschl. 1800 Mark 25 Prozent, bei einem Gehalt von mehr als 1800 bis einschl. 3500 Mark 22 Prozent, von mehr als 3500 bis einschl. 6000 Mark 19 Prozent, von mehr als 6000 bis einschl. 11 000 Mark 16 Prozent und von mehr als 11 000 bis einschl. 16 000 Mark 12 Prozent. Der sich hierbei als neues Grundgehalt ergebende Betrag ist auf volle Reichsmark aufzurunden. Soweit sich bei der Unterstellung des niedrigeren Grenzbetrages (1800, 3500, 6000, 11 000 Mark) als bisheriges Grundgehalt ein höherer Betrag ergibt, ist dieser als neues Grundgehalt der Berechnung des ruhegehaltsfähigen Diensteinkommens zugrunde zu legen.

Für die nach dem Pensionsergänzungsgesetz in der Eingangsgruppe verbliebenen Altversorgungsberechtigten werden die vorstehenden Hundertsätze um 5 (auf 30, 27, 24, 21, 17 Prozent) erhöht. Zu dem erhöhten Grundgehalt wird der Wohnungsgeldzuschuß nach der bisherigen Tarifklasse hinzugerechnet. Neben den erhöhten Bezügen wird der Frauenzuschlag nach den bis zum 30. September 1927 geltenden Vorschriften gewährt.

Diener Deutscher Schwergewichtsmeister.

Rudi Wagener nach Punkten geschlagen.

Im Berliner Sportpalast wurden drei Meisterschaftstitelkämpfe ausgetragen. Im Fliegengewicht blieb der Titel bei Stein, da sein Herausforderer Kohler disqualifiziert wurde. Dagegen mußte Ernst Grimm, der bisherige Weltergewichtsmeister, den Titel dem Herausforderer Karl Sahm überlassen, da er wegen Tiefschlags disqualifiziert wurde. Der von allen Sportfreunden mit Spannung erwartete 15-Runden-Kampf Wagener—Diener enttäuschte außerordentlich. Wagener ist sonst ein großer Fighter, machte aber von seiner gesürchteten Rechten keinen Gebrauch. Ebenso hielt sich Diener zurück, und beide Champions boxten nicht hart genug. Der Ringrichter, Samson Körner, forderte Wagener in der zwölften Runde auf, doch mehr aus sich herauszugehen. Das Publikum pfiff die beiden Boxer schon während der ersten Runden aus. Kurz vor dem Schlußgong der letzten Runde flackerte so etwas wie ein kleiner Schlagwechsel auf, verpuffte aber schnell wieder. Franz Diener wurde vom Kampfgericht nach 15 Runden wegen seiner größeren Aktivität Punktsieg und Titel zugesprochen. Einen derart enttäuschenden Kampfabend hat es bisher bei Kämpfen um die Schwergewichtsmeisterschaft noch nicht gegeben und sowohl Diener wie Wagener zeigten in fast allen anderen Kämpfen weit besseres Können. Man rechnet damit, daß der Dortmunder Meister Haymann nun Diener bald herausfordern wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719271013-10/fragment/page=0002

Schlußdienst.

Vermischte Drahtnachrichten vom 12. Oktober.

Truppenreduktion im besetzten Gebiet.

Berlin. Es liegen jetzt genauere Nachrichten vor über die Truppenreduzierungen, die die Engländer und Belgier vornehmen wollen. Aus dem englisch-besetzten Gebiet wird mitgeteilt, daß Idstein frei werden soll und daß auch aus Wiesbaden und Dotzheim Truppen zurückgezogen werden sollen in einer Gesamtzahl von etwa 1000 Mann. Ebenso liegen Nachrichten vor, daß die Belgier ihre Truppen um etwa eine gleiche Zahl verringern werden.

Das Fest der spanischen Rasse.

Berlin. In der Berliner Universität fand der feierliche Festakt der spanischen Rasse statt, der überall am 12. Oktober gefeiert wird. Neben zahlreichen Gästen, Herren und Damen, hatten sich in der Aula die diplomatischen Vertreter der spanischen Länder und Portugals versammelt. Auch der Reichspräsechef Dr. Zechlin und in Vertretung des Auswärtigen Amtes Graf Tattenbach waren zugegen. Als Hausherr begrüßte der Rektor der Universität, Professor Triepel, die Anwesenden aufs herzlichste. Er führte aus, daß die Deutschen ebenso wie die Spanier ein Kolonialvolk seien, und er meinte unter dem Applaus der Versammlung, daß auch Deutschland wieder seine Kolonien besitzen werde. Die Freundschaft zwischen der deutschen und den iberischen Völkern beruhe auf fester Grundlage. Alle spanischen Gelehrten und Lernenden seien in Deutschland immer willkommen. Der spanische Botschafter, Exzellenz Espinosa de los Monteros, dankte dem Rektor mit warmen Worten.

Die Aufwertungsforderungen der Kleinrentner.

Berlin. Der Reichsarbeitsminister hat Mittel zur Verfügung gestellt, durch die Kleinrentnern die Möglichkeit gegeben werden soll, noch nicht fällige Aufwertungsforderungen unter gewissen Bedingungen durch Verkauf oder Beleihung der Forderungen schon jetzt zu verwerten. Da die für die Maßnahme bereitgestellten Mittel nur beschränkt sein können, wird bei der Prüfung der Anträge ein strenger Maßstab angelegt werden müssen. Aussicht auf Bewilligung haben daher nur besonders bedürftige Kleinrentner. Anträge sind an die Landesstellen der Kreditgemeinschaft zu richten, deren Anschriften im einzelnen bei den Fürsorgestellen erfragt werden können.

Der Schiedsspruch für die ostsächsische Textilindustrie verbindlich.

Zittau. Der vom Schlichtungsausschuß Dresden am 28. September 1927 für die Textilindustrie Ostsachsens gefällte Schiedsspruch ist vom Schlichter für den Freistaat Sachsen für verbindlich erklärt worden.

Die Aufstände auf den Salomoninseln.

London. Der Korrespondent der „Daily Mail" meldet aus Sydney zu den Aufständen von Eingeborenen und dem Überfall auf den Regierungsdampfer „Auks" auf der Insel Malaita (Salomongruppe), bei dem zwei Europäer und 21 eingeborene Polizisten und Seeleute niedergemetzelt wurden: Die Eingeborenen überfielen den Dampfer in ihren Kriegskanus. Sie waren mit Kriegsfarben bemalt. Es wird angenommen, daß der Aufstand auf religiöse Gründe zurückzuführen ist. Die Eingeborenen sind der Meinung, daß die Seelen der früher in den Kämpfen mit den Weißen Getöteten sie zur Rache aufgefordert hätten. Der 900-Tonnen-Dampfer „Bilcela" wird mit Vorräten und Munition für einen umfangreichen Feldzug abfahren.

Nah und Fern.

○ **Eine Teertonne auf den Schienen.** Auf der Eisenbahnstrecke Altenburg—Gößnitz, kurz hinter dem Bahnhof Lehndorf, fuhr ein aus Altenburg kommender Güterzug auf ein Hindernis auf. Die Feststellungen ergaben, daß eine etwa 3½ Zentner schwere eiserne Teertonne auf dem Gleis gelegen hatte, die von der Lokomotive 200 Meter weit mitgeschleift und zertrümmert wurde. Die Lokomotive wurde beschädigt und von fünf nachfolgenden Waggons wurden die Bremsvorrichtungen abgerissen. Ob ein Attentat auf den dem Eilgüterzug folgenden Personenzug geplant war, konnte noch nicht ermittelt werden. Auf die Ergreifung der Täter hat die Staatsanwaltschaft eine Belohnung von 300 Mark ausgesetzt.

○ **Mordtat eines Wilddiebes.** Als der als Wilddieb berüchtigte 43jährige Gelegenheitsarbeiter Zipf aus Jena nach Hause ging, traf er zwei befreundete junge Arbeiter, die in angeheiterter Stimmung Bemerkungen über den schweren Rucksack des Zipf machten. Der Wilddieb, der tatsächlich erwilderte Beute im Rucksack hatte, zog darauf ein Messer und erstach den einen, den Bauarbeiter Schorn. Der Verbrecher wurde festgenommen.

○ **Tragisches Jagdunglück.** Der Sohn des Gutsbesitzers Meyer-Libnitz auf Rügen verunglückte auf der Jagd tödlich. Man fand ihn in einer Koppel tot auf. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat sich das Gewehr des Verunglückten bei seinem Versuch, den doppelten Stacheldrahtzaun der Koppel zu durchkriechen, entladen. Die volle Ladung ist ihm in den Körper gedrungen und hat den Tod auf der Stelle herbeigeführt.

○ **Drahtseilattentat auf ein Auto.** Bei Wunstorf in Hannover verunglückte ein Kraftwagen durch ein Drahtseil, das über die Straße gespannt worden war. Der Wagen fuhr mit großer Geschwindigkeit gegen das Hindernis und verlor dabei den Oberteil der Limousine, der glatt abgeschnitten wurde. Der Mann am Steuer erlitt durch Glassplitter Verletzungen im Gesicht und einer der Insassen wurde durch die zerbrochene Rückwand des Wagens auf die Straße geschleudert. Das Auto landete schließlich an einem Chausseebaum.

○ **Erschießung eines flüchtigen Häftlings.** In Kiel-Gaarden wurde der Seemann Karl W. unter dem Verdacht des schweren Diebstahls verhaftet. Beim Verlassen der Straßenbahn versuchte er dem ihn begleitenden Beamten zu entfliehen. Der Beamte gab bei der Verfolgung zwei Schreckschüsse ab, von denen einer den Flüchtling traf und tötete.

○ **Postbestellung nach elf Jahren.** Eine Feldpostkarte aus dem Jahre 1916 gelangte jetzt endlich nach elf Jahren an die richtige Adresse. Die Witwe Vollrath aus Groß-Örner erhielt diesen Gruß ihres Sohnes, der am 1. Oktober 1916 in Bojanow (Kreis Rawitsch) zur Post gegeben war.

○ **Schweres Automobilunglück.** In Rodaun (Österreich) ereignete sich ein schweres Autounglück, bei dem zwei Personen getötet und drei schwer verletzt wurden. Das Unglück ist dadurch entstanden, daß das Auto infolge eines Pneumatikdefekts ins Schleudern kam, gegen einen Baum fuhr und sich überschlug.

⊙ **Typhusfälle in Ostoberschlesien.** In Emmagrube, Kreis Rybnik, sind in 40 Fällen Typhuserkrankungen festgestellt worden. Seitens des Kreisarztes sind alle Maßnahmen getroffen, um ein Überhandnehmen der Epidemie zu verhindern.

⊙ **Matrosenstreik in Bordeaux.** In Bordeaux haben die Matrosen der Handelsmarine als Protest einen 24stündigen Streik beschlossen, weil die Pensionen für die Matrosen der Handelsmarine weit hinter denjenigen zurückbleiben, die die entsprechenden Kategorien der in der Marine beschäftigten Arbeiter erhalten. Infolgedessen liegt der Schiffsverkehr in Bordeaux vollkommen still. Kein Schiff kann auslaufen.

Bunte Tageschronik.

Halle. Auf der Bahnstrecke Halle—Kassel wurde infolge des dichten Nebels ein in der Nähe von Wollersleben wohnender Schrankenwärter von dem Kasseler Zug überfahren und auf der Stelle getötet.

Paris. Zwei Kinder stürzten aus einem Eisenbahnzug während der Fahrt infolge Öffnens der Wagentür und sind dabei tödlich verunglückt.

Casablanca. Eine Karawane, die von Draa nach Tikawt unterwegs war, ist von Eingeborenen überfallen worden. Vier Mann der Karawane wurden getötet, die übrigen verscheppt.

Newyork. In Ocean-City, dem Strandbad von New-Jersey, brach ein Brand aus, der nur durch Sprengung der benachbarten Gebäude auf seinen Herd beschränkt werden konnte. Der Schaden wird auf 3 Millionen Dollar geschätzt.

Berliner Produktenbörse.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	12. 10.	11. 10.		12. 10.	11. 10.
Weiz., märk.	248-251	253-257	Weizkl. f. Brl.	14,0-14,2	14,0-14,2
pommersch.	—	—	Rogkl. f. Brl.	14,0	14,0-14,2
Rogg., märk.	235-238	236-239	Raps	305-315	305-315
pommersch.	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Wtl.-Erbsen	52-57	52-58
Braugerste	218-265	220-267	kl. Speiseerb.	32-35	32-35
Futtergerste	—	—	Futtererbsen	22-24	22-24
Hafer, märk.	198-212	198-212	Peluschken	21-22	21,0-22,0
pommersch.	—	—	Ackerbohnen	22-24	22-24
westpreuß.	—	—	Wicken	22,0-24,0	22,0-24,0
Weizenmehl			Lupin., blaue	14,5-15,5	14,5-15,5
p. 100 kg fr.			Lupin., gelbe	—	—
Bln. br. inkl.			Seradella	—	—
Sack (feinst.			Rapskuchen	15,8-16,1	16,0-16,2
Mrk. ü. Not.	32,0-35,2	32,2-35,5	Leinkuchen	22,3-22,6	22,5-22,7
Roggenmehl			Trockenschpl.	10,4-11,0	10,4-11,0
„ 100 kg fr.			Soya-Schrot	19,7-20,3	19,7-20,3
Berlin br.			Torfml. 30/70	—	—
inkl. Sack	31,7-33,5	31,8-33,6	Kartoffelflck.	25,0-25,4	25,0-25,5

* Schlachtviehmarkt. Marktverlauf: Bei Rindern, Kälbern und Schafen ruhig, bei Schweinen langsam. Der Markt mußte geräumt werden. Preise: Ochsen: a) vollfleischige ausgemästete höchsten Schlachtwerts, jüngere 57—60, b) sonstige vollfleischige, jüngere 52—55, c) fleischige 48—50, d) gering genährte 35—45. Bullen: a) 58—60, b) 55—56, c) 50—52, d) 45—48. Kühe: a) 43 bis 49, b) 35—42, c) 28—33, d) 20—23. Färsen: a) 56—57, b) 52 bis 53, c) 45—47. Fresser: 40—48. Kälber: a) —, b) 88—96, c) 72—86, d) 53—68. Schafe: a) 54—57, b) 60—64, c) 48—56, b) 36—45, e) 25—35. Schweine: a) 70—72, b) 68—71, c) 66—69, b) 62—66, e) 55—60. Sauen: 58—61.

Amtlicher Teil.

50 RM. Belohnung

wird demjenigen zugesichert, der nähere Angaben über den Täter, welcher am 8. d. Mts. die Feueralarmsirene in Betrieb setzte, dergestalt macht, daß die Bestrafung des Täters herbeigeführt werden kann.

Annaburg, den 11. Oktober 1927.

Der Amts-Vorsteher.

Bekanntmachung.

Die Grabenschau gemäß § 2 der Schau- und Unterhaltungsordnung vom 21. Juni 1927 (Amtl. Verordnungs-Bl. Nr. 19/27) findet wie folgt statt:

a) am Montag, den 17. 10. von 14 Uhr in der Feldmark der Hutungs-, Holz- und Steuerabfindungsgenossenschaft (rechts des Neugrabens),

b) am Dienstag, den 18. 10. von 14 Uhr im Fluder- und Mauergrabengebiet,

c) am Mittwoch, den 19. 10. von 14 Uhr in der Hüfner- und Gärtnerfeldmark (links des Neugrabens),

d) am Donnerstag, den 20. 10. von 14 Uhr in der Feldmark Purzien,

e) am Freitag, den 21. 10. von 10 Uhr in der Feldmark Naundorf,

f) am Sonnabend, den 22. 10. von 14 Uhr in der Feldmark der Heide- und Gerbiswiesengenossenschaft.

Anträge und Beschwerden sind mündlich oder schriftlich beim Unterzeichneten vor dem Schautag anzubringen.

Annaburg, den 12. Oktober 1927.

Der Vorsitzende des Schauamts im Amtsbezirk Annaburg III. Henze.

Zwangsinnung für das Töpfer- u. Ofensetzerhandwerk

Die Aeußerungen für oder gegen die beantragte Errichtung einer Zwangsinnung für das Töpfer- und Ofensetzerhandwerk in den Kreisen Torgau Liebenwerda und Schweinitz sind schriftlich bis zum 29. Oktober d. Js. oder mündlich in der Zeit vom 17. bis 29. Oktober d. Js. bei mir abzugeben. Die Abgabe der mündlichen Aeußerungen kann während des angegebenen Zeitraumes werktäglich von 9—13 Uhr vormittags in den Diensträumen des Unterzeichneten, Rathaus 2 Treppen, erfolgen.

Ich fordere hierdurch alle Handwerker, die in den obengenannten Kreisen das Töpfer- oder Ofensetzerhandwerk selbständig betreiben, zur Abgabe ihrer Aeußerung auf. Nur solche Erklärungen sind gültig, die erkennen lassen, ob der Erklärende der Errichtung der Zwangsinnung zustimmt oder nicht. Nach dem 29. Oktober d. Js. eingehende Aeußerungen bleiben unberücksichtigt.

Die Liste der wahlberechtigten Töpfer- und Ofensetzer ist in der hiesigen Stadtschreiberei, Rathaus 2 Treppen, ausgelegt und kann während der Dienststunden werktäglich von 8—13 Uhr eingesehen werden.

Die Abgabe einer Aeußerung ist auch für diejenigen Handwerker erforderlich, die den Antrag auf Errichtung der Zwangsinnung gestellt haben.

Torgau, am 6. Oktober 1927.

Goedecke, Erster Bürgermeister,
als Kommissar des Herrn Regierungspräsidenten in Merseburg.

Bekanntmachung.

Der Plan über die Verteilung der Jagdpachtgelder nach Abzug der der Genossenschaft zur Last fallenden Ausgaben für die Zeit vom 1. Juni 1926 bis 31. Mai 1928 liegt vom 14. Oktober 1927 ab zwei Wochen in der hiesigen Gemeindekasse zur Einsicht der Jagdgenossen aus.

Gegen diesen Verteilungsplan kann jeder Jagdgenosse binnen 2 Wochen nach der Auslegung bei dem unterzeichneten Jagdvorsteher Einspruch erheben.

Annaburg, den 12. Oktober 1927.

Der Jagdvorsteher. Henze.

Lokales und Provinzielles.

—* **Annaburg.** Die Reichszentrale für Heimatdienst hatte zum Dienstag, den 11. ds. Mts., die Vertreter der wirtschaftlichen und politischen Verbände und der Berufsorganisationen zu einer Besprechung nach dem Rathaus gebeten. Der Leiter der Reichszentrale für Heimatdienst, Landesabteilung Mitteldeutschland, Sitz Halle, Herr Renker, gab einleitend einen kurzen Bericht über Wesen und Ziele der Reichszentrale. Die Reichszentrale für Heimatdienst ist eine Reichsbehörde, die unter Aufsicht des Reichskanzlers arbeitet. Sie hat die Aufgabe, alle wichtigen Vorkommnisse wirtschaftlicher und politischer Art des In- und Auslandes, unverfälscht, weder politisch noch religiös gefärbt, den Tatsachen entsprechend, durch Schriften und Vorträge darzustellen. Als Aufsichts- und Ueberwachungsorgan dient ein Ausschuß beim Reichstag, dem Mitglieder aller Parteien, von der Deutschnationalen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie, angehören. Die anwesenden Vertreter der hiesigen Verbände und Organisationen stimmten dem zu, daß auch hier in Annaburg ein solcher Staatsbürgerlicher Bildungstag abgehalten werden soll. In Aussicht genommen ist vorläufig Dienstag, der 25. d. M. Näheres wird noch bekanntgegeben.

—* **Annaburg.** (Winzerfest im „Goldenen Ring"). Nach den vorausgegangenen Ankündigungen, die den Besuchern etwas Besonderes verhießen, wurde man nicht getäuscht. Beim Eintritt in den Saal bot sich ein prächtiges Bild. Zwischen weißschimmernden Felspartien, die die Bühne umrahmten, leuchtete uns eine prächtige Rheinlandschaft entgegen, welche, im Herbstsonnenschein gehalten, ohne weiteres zu fröhlichem Mittun anreizte. Ringsum in leichtem, weißen Holzwerk gehaltene Laubengänge, duftig leicht berankt mit Blattwerk, ergänzten wirkungsvoll das schöne Bild. Vervollständigt wurde das Ganze durch die zahlreichen jungen und alten Festteilnehmer, die in malerischen Kostümen und bester Rheinweinstimmung das Bild belebten. Ohne Zweifel: „Hier war gut sein!" Eine Viertelstunde vor dem festgesetzten Anfange, also recht pünktlich, gekommen, erwartete man doch noch einen einigermaßen zusagenden Sitzplatz. Aber leider mußte man lange nach einem Stuhl suchen. Es schadete aber nichts — es war ja Feststimmung. Der anschließende kleine Saal war zur Weinstube im Dämmerlichte hergerichtet und mit einem richtigen großen Weinfasse voll trinkbaren Stoffes ausgestattet. Es ergab sich später, daß gerade hier gern und lange verweilt wurde. Bald war auch dieser Teil des Festplatzes besetzt. Punkt 8 Uhr begann die gut besetzte Rohr'sche Kapelle mit schmeichelnden Tanzweisen und bald wogte der ganze Festplatz im Tanze. Das in der ersten Tanzpause als Eingang der Vorführungen von Herrn Preiß sehr wirkungsvoll vorgetragene, von zauberischer Musik umspielte Melodrama: „Deutsch ist der Rhein, deutsch soll er sein" verdient nachträglich noch im Wortlaute veröffentlicht zu werden. Der anschließende Winzerinnen-Reigen, von dreistimmigem Winzerinnenchor begleitet, bot ein schönes Bild. Nachdem wieder einige Zeit das Tanzbein regierte, gaben die schneidig vorgetragenen Männerchöre „Heda, Wein her!" und „Im Krug zum grünen Kranze" von Zöllner Abwechslung und Erholung. Später folgte das dem Abende zu Grunde gelegte und die Weihe gebende „Winzerfestspiel", aufgeführt von über 40 Damen und Herren. Die den Saal füllende Menschenmenge, welche Kopf an Kopf gedrängt bis zum Büffet stand, lauschte erwartungsvoll und freudig bewegt den einzelnen Teilen dieses wechselvollen Stückes. Das flotte und natürliche Spiel der vielen Mitwirkenden verriet eine sachverständige und durch viele Proben bewirkte sorgfältige Einübung. Ein brausender, nichtendenwollender Beifallssturm erfreute Spieler und Leiter. Der Höhepunkt des Abends war angebrochen. In den folgenden Tanzpausen brachte Herr Preiß noch einige gute Humoresken zu Gehör und erntete freudigen Beifall. Wer erwartete, etwas mehr Ellenbogenfreiheit zu bekommen, mußte sich jedoch lange gedulden — es wollte eben niemand weichen. Bis die Musik endgültig Schluß machte, war auch der Saal voller Tänzer und die Lauben voller Zecher in denkbar schönster Stimmung. Alles in Allem — ein selten schönes Fest, das nur allzu schnell verrauschte. Den Veranstaltern und hauptsächlich den „Arbeitern im Verein" möge der Erfolg ein wohltuender Lohn für die viele aufgewendete Mühe sein.

Torgau, 11. Oktober. Der beschleunigte Personenzug 7.50 Uhr ab Eilenburg in Richtung Falkenberg überfuhr bei der Station Doberschütz drei Bahnarbeiter. Sie waren sofort tot. Das Unglück ereignete sich in der Gemarkung Sprotta zwischen Doberschütz und Mockrehna. Die Namen der getöteten Bahnarbeiter sind: Alfred Stamm aus Saxdorf, Erich Ponikau aus Rehfeld und Paul Nickel aus Wedelwitz. Die ersten amtlichen Feststellungen haben ergeben, daß die Getöteten ihr Unglück leider selbst verschuldet haben. Sie befanden sich auf dem Wege zu ihrer Arbeitsstätte. Da sie sich verspätet hatten, benutzten sie den kürzesten Weg nämlich die Gleise. Von einem Doberschützer Bahnarbeiter sind sie ausdrücklich gewarnt und aufgefordert worden, die Gleise nicht als Weg zu benutzen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719271013-10/fragment/page=0003

Sie ließen die Mahnung unbeachtet und kurze Zeit später war in dem dichten Nebel das Unglück geschehen. Die Leichen sind furchtbar verstümmelt, bei zweien ist der Kopf vom Rumpfe getrennt. Hierzu wird noch gemeldet: Die drei Arbeiter waren zu spät zur Arbeit gekommen und hatten sich, als sie von der Baubude 63 ihr Werkzeug geholt hatten, entgegen den Bestimmungen auf die Gleise begeben, um zur Arbeitsstelle zu gehen. Die Arbeitsstelle war durch Nebelposten gesichert und die dort Arbeitenden sind dann rechtzeitig durch die Posten gewarnt worden, während die drei Verunglückten, obwohl auch sie von einem anderen Arbeiter vor den herannahenden Zügen gewarnt worden waren, doch ihren Weg fortsetzten. Sie achteten dabei auf einen Güterzug und überhörten dabei das Geräusch des beschleunigten Personenzuges, von dessen Lokomotive sie erfaßt und vollständig zermalmt wurden.

Herzberg (Elster), 11. Oktober. Am gestrigen Sonntag fand hier die Grundsteinlegung zum Bau einer katholischen Kirche statt. Herr Dechand-Wand-Wittenberg hielt als Beauftragter des Bischofs zu Paderborn die Weiherede.

Halle a. S. In seiner letzten Sitzung nahm der Vorstand der Landwirtskammer eine Entschließung betr. die Elsterregulierung an, in welcher u. a. gefordert wird: Schleunigste Verabschiedung des Elstergesetzes, Kredite zur Wiederherstellung der geschädigten Flächen, Verlängerung der Rückzahlungstermine der bereits gewährten Kredite um mindestens 6 Jahre, Niederschlagung der bisher nur gestundeten Steuerbeträge.

Belleben, 7. Oktober. (Schneller Tod eines Fünfjährigen). Der fünfjährige Sohn des Gutsbesitzers Löchelt wollte auf den Speichen eines Hinterrades auf den Wagen klettern. In demselben Augenblick zogen die Stiere an und der kleine Junge geriet zwischen Rad und Wagen. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf verstarb.

Erdeborn bei Eisleben, 7. Oktober. (Einbrecher im Postamt). Einbrecher drangen hier nachts in das Postgebäude ein, machten aber außer einem Fahrrad keine Beute. Dagegen fielen ihnen, als sie in das benachbarte Wohnhaus des Rittergutsbesitzers Rokoff einbrachen, 2000 Mark bares Geld in die Hände.

Quedlinburg, 5. Oktober. In dem nahegelegenen Harzort Rieder sind 30 Personen nach dem Genuß von offenbar verdorbener Sülze unter Vergiftungserscheinungen schwer erkrankt. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Pr. Börnecke, 5. Oktober. Ein vierzehnjähriges Mädchen ging in selbstmörderischer Absicht in die Bode, konnte aber dank des entschlossenen Zuspringens der Ehefrau eines Friseurs dem nassen Element wieder entrissen werden. Das Mädchen lebt, hat aber allem Anschein nach die Sprache verloren. Der Grund zur Tat ist nicht bekannt, doch scheint es nicht ausgeschlossen zu sein, daß Vorhaltungen, die die Eltern dem Mädchen gemacht hatten, weil es sich heimlich einen Bubikopf hatte schneiden lassen, es zu dem Schritt veranlaßten.

Nordhausen, 4. Oktober. Weil er im Amte am Schalter eingezahlte Beträge in 55 Fällen für sich verwendete, wurde der Postsekretär a. D. Walter wegen Amtsunterschlagung und Urkundenfälschung zu einem Jahr Zuchthaus und drei Jahre Ehrverlust verurteilt.

Magdeburg, 4. Oktober. Hier ist eine Familie von vier Köpfen nach dem Genuß von Konservenbohnen schwer erkrankt. An dem Aufkommen einer Person wird gezweifelt, während die drei anderen Personen außer Lebensgefahr sind.

Markt-Kalender.

14. Oktober: Kramm. in Seyda.
15. Oktober: Schweinem. in Liebenwerda.

Annaburger Lichtspielhaus

beehrt sich für **Freitag und Sonntag 8½ Uhr** wiederum eine Glanzleistung der deutschen Filmproduktion 1927/28 darzubieten:

Evelyne Holt, der jüngste und beliebteste Filmstar, in ihrem großen Erfolg:

Wenn Menschen reif zur Liebe werden...

Ein Film nach Motiven des Schauspiels „Die Haubenlerche" von Ernst von Wildenbruch in 6 Akten.

In weiteren tragenden Rollen: **Henry Stuart, Egon v. Jordan, Margarete Lanmer, Fritz Kampers.**

Neben einer prächtigen Handlung ist dieses neueste Filmwerk, daß der Liebe Leid und Glück eines Waisenmädchens zur Grundlage hat, darstellerisch und regietechnisch ein Film von hohem Niveau. Diese aus dem Leben gegriffene Handlung rührt in wundersamer Weise an Herz und Gemüt aller Zuschauer. — Kommen Sie und bilden Sie sich selbst ein Urteil.

Hierzu ein reichhaltig bunter Teil.

Verstärktes Orchester des beliebten M. Rohr'schen Konzerttrios.

Zu diesen auserlesenen Darbietungen ladet ganz besonders ein **Julius Hoppe.**

NB. **Beachten Sie bitte die Schaukästenreklame.**

Von morgen ab verkaufe **rote und gelbe Mohrrüben** (rote Nantes) Ztnr 2,50 Mk. **G. Dubro sen.**

Eßäpfel Pfund 10 und 15 Pf., **Winter-Aepfel** 1. Sorte 25 Pf., 2. Sorte 15 Pf., 3. Sorte 10 Pf., **Winterbirnen** Pfund 5 und 10 Pf., **Falläpfel** Pfd. 5 Pf. **Pfarrhaus Beithan.**

Speise-Kartoffeln verkauft **Schurig, Markt.**

Neues **Sauerkraut,** Pfd. 15 Pf., empfiehlt **J. G. Fritzsche.**

Hotel „Goldener Anker". Sonnabend, den 15. d. Mts. **Schlachtefest.** Um 9 Uhr: **Wellfleisch,** Mittags: **frische Wurst,** Abends: **Bratwurst-Essen.**

Palast-Theater

Freitag bis Sonntag abends 8½ Uhr: **Ellen Richter,** die fesche mondäne Künstlerin in ihrem sensationellsten Abenteuerfilm

Die tolle Herzogin.

Nach dem weltbekannten gleichnamigen Roman v. Klein. Die energische, kaltblütige Herzogstochter — diplomatische Raffinierheiten — ein verwegener Dokumenten-Diebstahl — der seltsame Chauffeur — wer ist der Mörder? — die tolle Herzogin auf der Spur — die atemraubende Verfolgung durch die halbe Welt und das rasende Tempo der Geschehnisse machen den Zuschauer erblassen.

Der Hund von Baskerville.

Neuinszeniert nach dem spannenden Kriminalroman von C. Doyle. Mit dem Meisterdetektiv **Sherlock Holmes.** Der gespenstische Hund, der den Tod bedeutet. — Das unheimliche Schloß. — Die Entlarvung der Erbschleicher. — „Der Hund von Baskerville" ist so weltberühmt, daß jedes weitere Wort überflüssig ist.

Ferner: **Die neueste Deulig-Wochenschau.** Ein Programm, wie es sein muß, das jeder sehen muß. Man beachte sorgfältig unsere ausgestellten Bilder.

Das Theater ist angenehm geheizt.

Der Arbeiter-Radf.-Bund Ortsgr. Colonie Naundorf veranstaltet am **Sonnabend,** den 15. d. Mts. sein diesjähriges **Herbst-Vergnügen,** wozu freundlichst einladet **der Vorstand.**

Drahtgeflechte für alle Zwecke: Drahtzäune, Türen und Torwege, Spalier- u. Gehege-Draht, schwarz u. verzinkt, alle Sorten u. Stärken, Drahtstifte und Ketten. Einkoch-Apparate und Gläser, eiserne u. Kupfer-Kessel, gußeiserne und emaillierte Eimer und Töpfe. **Wilhelm Grahl.**

Torgauer Kreis-Kalender Preis 50 Pfg., sowie **Köhlers Deutscher Kalender** Preis 60 Pfg., zu haben bei **Herm. Steinbeiß,** Buchhandlung.

Dienstags und Freitags **frische Bücklinge** empfiehlt **J. G. Fritzsche.**

Alle Sorten **Tonröhren** Schweinetröge Ferkeltröge Krippenschalen empfiehlt **Wilh. Kunze.**

Polizeiliche An- und Abmeldescheine sind vorrätig in der Buchdruckerei H. Steinbeiß.

Spielkarten empfiehlt H. Steinbeiß.

Zögern Sie nicht länger, die butterfeine Rama Margarine zu probieren. Für nur 50 Pfennig erhalten Sie ein halbes Pfund Rama — mehr als genug, um feststellen zu können, daß diese Margarine wie Butter schmeckt und ebenso ergiebig ist.

Sie werden glücklich sein, künftig auf die teure Butter verzichten zu können.

Rama MARGARINE **butterfein**

Die meistgekaufte Margarine-Marke Deutschlands

Herbst-Neuheiten!

Größte Auswahl!

Das ist es, was Sie in erster Linie suchen, wenn Sie jetzt an die Wahl Ihres **neuen Herbst-Mantels** herangehen! Und diese finden Sie mit in **denkbar größter Vielseitigkeit** zu den **denkbar niedrigsten Preisen!**

Strickjacken, Kleider, Kinder-, Burschen- und Herren-Anzüge (für tadellosen Sitz wird garantiert).

Warme Winter-Unterkleidung für Damen, Herren und Kinder schon größtenteils am Lager!

Ernst Peschke, Ackerstraße 16.

Gips, Rohrgewebe Karbolineum und einige **1000 Mauersteine** frisch eingetroffen **Wilhelm Kunze** Annaburg.

Brief-Ordner Schnellhefter in Quart- u. Folio-Format, empfiehlt **H. Steinbeiß.**

Kaiser-Borax für Toilette und Haushalt in Paketen zu 25 u. 50 Pf. zu haben bei **J. G. Fritzsche.**

Fertige Kleider und Kleiderstoffe in allen Preislagen und großer Auswahl empfiehlt **Helene Arndt** Mittelstraße.

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719271013-10/fragment/page=0004

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird **monatlich** festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle, Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfg., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfg., im Reklameteil 30 Goldpfg. einschl. Umsatzsteuer. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezhalle.

Nr. 122. **Donnerstag, den 13. Oktober 1927.** **30. Jahrg.**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* In dem bekannten Berliner Flaggenstreit zwischen der preußischen Regierung und den Hotelbesitzern ist eine Einigung dahin erzielt worden, daß die Hotels sich verpflichten, bei entsprechenden Gelegenheiten auch die Reichsfarben zu hissen.

* Das Heinkel-Flugzeug „D. 1220" ist von Warnemünde zu einem Flug nach den Azoren aufgestiegen.

* Im Kampf um die deutsche Meisterschaft im Schwergewicht siegte der Herausforderer Franz Diener über den bisherigen Meister, Rudi Wagener, nach Punkten.

* Die polnische Anleihe in Amerika ist nunmehr nach längeren fruchtlosen Versuchen zustande gekommen.

* Zwei amerikanische Fliegerinnen sind in Amerika gestartet und wollen den Atlantik ohne Zwischenlandung überqueren.

Räumen! Räumen!

Trotz der steigenden Unruhe, die das innenpolitische und wirtschaftliche Leben in Deutschland erfüllt, sollte man als Deutscher doch nicht so ganz vergessen, daran zu denken, daß wieder einmal die „Regelung" der Besatzungsfragen im Rheinland eine nicht minder wichtige Angelegenheit darstellt. Nicht umsonst ist die Reise, die der deutsche Reichskanzler jetzt in das besetzte Gebiet hinein veranstaltet, gerade in einen Zeitpunkt gefallen, der die Durchführung eines Versprechens der Besetzungsmächte bringen sollte. Bei weitem noch übersteigt die Stärke der Besatzungsarmee die Zahl jener deutschen Truppen, die vor dem Kriege dort in Garnison standen; sie auf diese Zahl herabzusetzen, hat man zwar schon vor zwei Jahren versprochen, aber — dieses Versprechen halten ist eben etwas ganz anderes!

Der Reichskanzler ist denn auch bei seinem Aufenthalt in Koblenz und in Mainz recht deutlich geworden; bleibt uns doch wenigstens als letzte, allerdings stumpfe Waffe das Wort. Der Mainzer Oberbürgermeister wies darauf hin, daß seine Stadt fünftausend Mann fremder Besatzung mehr in seinen Mauern beherbergen muß gegenüber einer Friedensgarnison von rund 10 000 Mann. Was aber dabei auch besonders schwer zu tragen ist, sind die geradezu maßlosen Wohnungsansprüche, die von der Besatzungsarmee gestellt werden. Mehr als 2100 Wohnungen mit rund 10 600 Zimmern sind beschlagnahmt. In den anderen größeren Städten Rheinhessens sieht es nicht viel anders aus; mußten doch selbst Orte, in denen nie eine deutsche Garnison gelegen hat, Besatzungstruppen aufnehmen. Wenn die Engländer einmal vernünftig sind und einen Platz räumen, dann kommen die Franzosen und belegen den Ort — wie Bonn und Koblenz — aufs neue. Dr. Marx betonte denn auch sehr richtig, daß eine Herabsetzung der Besatzungsstärke an sich zu begrüßen sei, es aber doch in der Natur der Sache liege, daß dadurch an dem gesamten Tatbestand der Besetzung nichts geändert werde. Jetzt ist davon, infolge der Räumung der ersten Zone, die aber von einer entsprechenden Verminderung der Gesamtstärke nicht begleitet wurde, Hessen ganz besonders belastet. Bei der leider vorhandenen, aber doch tatsächlich überflüssigen Rivalität zwischen den englischen und den französischen Besatzungstruppen ist noch weniger damit zu rechnen, daß die Lasten fühlbar erleichtert werden. Man hofft natürlich auf eine stärkere Unterstützung durch Reichshilfe; aber noch sind nicht einmal jene Wunden ganz geheilt, die auch dem Rheinland durch das französische Vorgehen im Jahre 1923 geschlagen wurden.

Pessimistische Gemüter sind auch der durchaus nicht unrichtigen Ansicht, daß die kürzliche Zusammenkunft zwischen dem englischen und dem französischen Außenminister in Paris wieder mit einem Siege der zielbewußten Verzögerungspolitik wohlbekannter Pariser Kreise geendet hat. Nur einen wohlbekannter Pariser Kreise geredet hat. Nur einen Bruchteil des in Locarno und erst noch jüngst Versprochenen, außerdem verteilt auf einen möglichst langen Zeitraum, will man uns gnädigst erfüllen und lehnt es schroff ab, auch nur die geringsten Einzelheiten dessen bekanntzugeben, was man an angeblicher Besatzungsverminderung nun wirklich ausführen will. Es bleiben die „Rheinlandordonnanzen", die über das Rheinlandabkommen hinaus mit stärkstem Druck auf der deutschen Bevölkerung lasten; es bleiben die Manöver der fremden Truppen im angeblich doch neutralisierten Rheinland. Mögen wirklich ein paar Tausend verschwinden — es bleibt die Tatsache, daß eine solche Herabsetzung an dem gesamten Tatbestand der Besetzung nicht viel ändern kann."

*

Der Reichskanzler in Speyer.

Reichskanzler Dr. Marx ist in Fortsetzung seiner Besichtigungsreise durch das besetzte Gebiet von Mainz nach Speyer gereist. Aus Anlaß der Anwesenheit des Reichskanzlers fand im Regierungsgebäude ein Empfang statt. Nach dem Empfang begab sich der Reichskanzler in Begleitung des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held und des bayerischen Ministers des Innern Dr. Stützel an den Rhein, wo er sich von den auf die Dauer unhaltbaren Verhältnissen an der Schiffbrücke und der Notwendigkeit einer festen Rheinbrücke durch persönliche Inaugenscheinnahme überzeugte. Nach der Besichtigung des Domes und des Pfälzischen Museums stattete der Reichskanzler unter anderem dem Bischof von Speyer, Dr. Sebastian, und dem protestantischen Kirchenpräsidenten der Pfalz, Fleischmann, einen Besuch ab.

*

Ludwigshafen gegen die Besetzung.

Der Stadtrat von Ludwigshafen hat einstimmig eine Entschließung angenommen, in der der Enttäuschung darüber Ausdruck gegeben wird, daß noch immer deutsches Land von fremden Truppen besetzt ist. Solange fremde Truppen entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrages weiterhin auf deutschem Boden stehen, kann, so heißt es weiter, von einer wahren Befriedung Europas nicht gesprochen werden. Mit allem Nachdruck wird gefordert, daß der deutsche Rechtsanspruch auf Räumung des besetzten Gebietes schnellstens erfüllt wird, ohne daß hierfür irgendwelche weiteren Zugeständnisse gemacht werden. Außerdem erneuert der Stadtrat die Bitte, daß die bayerische Regierung und die Reichsregierung nichts unversucht lassen, daß Ludwigshafen baldigst von der militärischen Besatzung befreit wird und daß auch die sonstigen französischen Dienststellen aus dem Stadtgebiet zurückgezogen werden.

Eröffnung des Preußischen Landtages.

(308. Sitzung.) tt. Berlin, 11. Oktober.

Nach der über mehrere Monate dauernden Sommerpause nahm heute der Preußische Landtag seine Vollsi[illegible] auf.

Unter lebhaftem Beifall teilte Präsident B[illegible] mit, daß das Präsidium des Landtages dem R[illegible] von Hindenburg zu seinem 80. Geburtstage [illegible] wünsche ausgesprochen habe.

Während sich die Abgeordneten von ihren [illegible] widmet Präsident Bartels dem inzwische[illegible] deutschnationalen Abg. Quaet-Faslem Worte [illegible] denkens. Ein kommunistischer Amnestiege[illegible] wird auf Verlangen der Kommunisten mit [illegible] gestellt.

Justizminister Dr. Schmidt erklärte, daß [illegible] 2. Oktober erlassene allgemeine Verfügung zu[illegible] gungen der kommunistische Antrag erledigt se[illegible] gemeinen Verfügung werde gesagt, daß in er[illegible] taten in Betracht kommen, die auf politischen [illegible] oder aus Not begangen sind. Der Minist[illegible] Schluß, er habe die Hoffnung, daß die allge[illegible] Amnestieverordnung in der Auswirkung eben[illegible] wie ein Amnestiegesetz.

Der Initiativantrag der Kommunisten w[illegible] ausschuß überwiesen.

An den Hauptausschuß geht ein Gesetzent[illegible] lionen Mark Kreditmittel zugun[illegible] preußischen Mittel- und Kleinb[illegible] stellen will. Eine Vorlage, die die Einhe[illegible] stimmungen über die Schulpflicht in Preuß[illegible] wird zur weiteren Vorberatung dem Unter[illegible] geleitet. Der gleichfalls zur ersten Lesung [illegible] wurf, der die Öffentlichkeit für die richter[illegible] verfahren einführen will, geht an den Re[illegible] Vorlage über Erhöhung der staatlichen Sta[illegible] Zentralanstalt zur Förderung des genoss[illegible] sonalkredits an den Hauptausschuß.

Angenommen werden Anträge des [illegible] die eine Nachweisung der Arbeiterentlassungen [illegible] schließungen im preußischen Bereich der Reichsbahngesellschaft sowie Abstellung dieser Maßnahmen der Reichsbahn verlangen. Ferner wurde Anträgen zugestimmt, die sich für Durchführung kleinerer Eisenbahnbauten in West- und Norddeutschland einsetzen.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch.

(309. Sitzung.) tt. Berlin, 12. Oktober.

Präsident Bartels teilt mit, daß der Abg. Arlt-Kreuzburg (D. Vp.) sein Mandat niedergelegt habe. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist der Abg. Blank (Ztr.) in einer Erklärung die in der Zeitung Montag Morgen gegen ihn erhobenen Beschuldigungen als beleidigend und herabsetzend zurück. Wegen der beleidigenden unwahren Behauptung, daß er sich selber eine Konzession zum Mißbrauch seiner parlamentarischen Stellung gegeben habe, habe er Strafantrag gestellt. Es handelt sich um die Beschuldigung, Buchmacherkonzessionen vermittelt zu haben. Ein Antrag des Abg. Kerff (Komm.), sofort Anträge zu beraten, die sich mit dem Konkordat und dem Reichsschulgesetz beschäftigen, scheitert am Widerspruch von Zentrumsabgeordneten. In Erledigung der Tagesordnung werden dann sozialdemokratische und deutschnationale Anträge über den Ausbau des Stralsunder Hafens dem Hauptausschuß überwiesen. Es folgt die Besprechung der von allen Parteien gestellten Anträge über die

Unwetterschäden.

Abg. Dr. Hösch-Neukirchen (Dtn.) begründet die Anträge seiner Partei, in denen u. a. die Bereitstellung von Staatsmitteln für die Rückzahlung der am 7. November 1927 fällig werdenden 293 Millionen an die Landwirtschaft gegebener Rentenbankkredite verlangt wird. Der Redner begründet noch eine Große Anfrage, die ganz allgemein fragt, was das Staatsministerium für die in äußerster Bedrängnis befindlichen preußischen Landwirte tun wolle und ob es bereit sei, Steuer- und Zinsstundungen eintreten zu lassen.

Die deutschnationalen Abgg. Kickhöffel, Justi und Schwecht begründen Spezialanträge auf Hilfsmaßnahmen für Pommern, Hessen-Nassau und die Höhengebiete des Rheinlandes.

Abg. Roeingh (Ztr.) spricht für einen Urantrag seiner Fraktion auf Hilfsmaßnahmen für die im Spreewald geschädigten Landwirte und auf Einbeziehung des Flußgebiets der Malxe in das große Regulierungswerk des Spreewalds.

Ein Regierungsvertreter führt aus, es sei unmöglich, die Ernteschäden auch nur annähernd zu erstatten. Das Maß solcher Hilfsaktionen sei auch einem Staate und den großen Provinzverbänden vorgezeichnet. Vor allem aber sollen die verfügbaren öffentlichen Mittel schnell gegeben werden. Der preußische Finanzminister habe ebenso wie der Reichsfinanzminister für alle betroffenen Gebiete weitgehende Steuererleichterungen verfügt. Für die Zurückzahlung der landwirtschaftlichen Kredite soll größte Schonung geübt werden.

Ein anderer Regierungsvertreter beantwortet die Anfrage Dr. v. Campes (D. Vp.) betreffend das Hochwasser in den Flußniederungen dahin, daß die Verbesserung der betreffenden Flußläufe veranlaßt ist.

In der allgemeinen Besprechung der Anträge und Anfragen erklärt Abg. Jürgensen (Soz.), seine Fraktion werde sich für die Notstandsaktion zugunsten der Geschädigten einsetzen. Der Redner wendet sich gegen die Schutzzollpolitik.

Abg. Milberg (Dtn.) schildert die Verhältnisse in Schleswig-Holstein und in den Marschen, wo die Unwetter- und Hochwasserschäden ganz besonders groß seien. Es müsse vor allem dafür gesorgt werden, daß Meliorationen und Drainage in weitgehendem Maße gefördert werden.

[illegible] wendet sich gegen die Schaffung allge[illegible] und tritt dafür ein, daß die Schäden [illegible] behandelt werden.

[illegible]p.) tritt für den so stark geschädigten [illegible]d für größte Milde bei der Kredit[illegible]

[illegible]mm.) greift die Deutschnationalen an, [illegible]achtstellung nichts zur Verminderung [illegible]getan hätten.

[illegible].) vermißt die Durchführung mancher [illegible]ge. Jedenfalls sei die Entschädigung [illegible]ie nicht wirtschaftlich genug betrieben [illegible] halten.

[illegible]ebatte sprechen noch die Abgg. Peters-[illegible]etzel (Dtn.), Jacobi-Raffauf (Ztr.).

[illegible]en der neuen Kirchengesetze

[illegible]ritt des Kirchensenats.

[illegible]ersammelte Kirchensenat der evange[illegible]altpreußischen Union faßte Beschluß [illegible]ung der von der Generalsynode im [illegible] beschlossenen Kirchengesetze. Nachdem [illegible] mit der preußischen Staatsregierung [illegible]gen Behörden in den außerpreußischen [illegible]ebietes im wesentlichen abgeschlossen [illegible]setze alsbald verkündet werden. Als [illegible]krafttreten (Gesetz über die Pfarrer-[illegible]gesetz, Kirchengemeindebeamtengesetz) [illegible] 1928 in Aussicht genommen.

[illegible]nd der Verhandlungen über das [illegible]etz nahm die oberste Kirchenleitung in eingehenden Beratungen Stellung, ebenso zu den neuesten Verordnungen und Gesetzentwürfen des Reichsfinanzministeriums und den daraus dem kirchlichen Steuerwesen erwachsenden Gefahren. Mit Befriedigung nahm der Kirchensenat Kenntnis von der Verständigung zwischen Kirche und Staatsregierung über die Anpassung der wirtschaftlichen Versorgung des Pfarrerstandes auch an die für Staatsbeamte, Lehrer usw. angeordnete Gewährung von Gehaltsvorschüssen.

Die Besoldungsreform im Reiche.

Keine Entschädigungen an die Länder.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler hat kürzlich die Vorlage zur Reichsbesoldungsreform dem Reichsrat zugehen lassen, der sich augenblicklich mit der Angelegenheit beschäftigt. Dr. Köhler betont zunächst in der beigegebenen Begründung die Tatsache, daß alle Ergänzungen der Beamtengehälter, gemessen an den Lebenshaltungskosten in den letzten Jahren,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719271013-10/fragment/page=0005
DFG